



Aus dem Inhalt:

- 0 Rechnungsabschluss
- 0 Schutzwohnung
- 0 Corona-Hilfsfonds
- 0 Minex
- 0 Gebührensenkung

NACHRICHTEN

Informationsblatt der Steirischen KPÖ Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt RM 19A041806 E, Aufgabe PA: 8720



Der Lärm im Murtal ist oft unerträglich! Erhöhung der Lärmbelastung nicht hinnehmen!

Seit einiger Zeit weist die KPÖ drauf hin, dass eine massive Ausweitung des Flugbetriebs der Eurofighter und der damit verbundenen Lärmbelastung droht. Das hat das Bundesheer in der Einwendung gegen den Bau der Spielberger Kinderkrippe angekündigt.

Wir haben alle PolitikerInnen der Region aufgefordert dagegen aktiv zu werden.

Nun wurde auch in den Medien berichtet, dass sich die Menschen im Murtal auf noch mehr Fluglärm einstellen müssen. Das darf nicht hingegenommen werden!

FPÖ und ÖVP gegen Lärmreduzierung

KPÖ und SPÖ haben in einem gemeinsamen Antrag das Verteidigungsministerium aufgefordert nicht nur keine weitere Lärmbelastung des Murtals durch den Betrieb der Eurofighter vorzunehmen, sondern auch den bereits bestehenden Fluglärm, der oft unerträglich ist, zu reduzieren. FPÖ und ÖVP stimmten im Gemeinderat gegen diesen Antrag.

Die Bevölkerung des Murtals hat unter einer hohen Lärmbelastung zu leiden. Autobahn, Zugverkehr, Red-Bull-Ring und Eurofighter schaffen eine bisweilen unerträgliche Lärmsituation. **Lärm ist nicht nur eine Gefahr für die Gesundheit, durch die Ausweitung der Lärmzonen wird die Entwicklung unserer Region behindert. Auf immer mehr Flächen werden die Lärmgrenzwerte überschritten und viele Projekte sind deshalb nicht mehr durchführbar.**

In Zeiten von Corona- und Klimakrise sollten Flüge nicht ausgeweitet, sondern eingespart werden. Unbegreiflicherweise waren die Eurofighter auch während des Corona-Lockdowns massiv im Einsatz. Eine Eurofighterflugstunde kostet zwischen 70.000 und 80.000 €, eine Flugstunde erzeugt ca. 11.000 kg CO₂.



Das Thema Abfangjäger begleitet mich seit Jahrzehnten. In der 80er-Jahren entstand im Aichfeld eine große Bürgerbewegung gegen den Ankauf der Draken. Eine Menschenkette von Knittelfeld nach Zeltweg bildete den Höhepunkt der Proteste. Dort begann ich politisch aktiv zu werden.

Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung

wurden die Draken angekauft. Später wiederholte sich das Szenario. Jedoch ging es nicht mehr um den Ankauf von Abfangjägern aus dem neutralen Schweden, sondern um für die EU-Armee kompatible Eurofighter.

Der Ankauf der Eurofighter war die teuerste militärische Beschaffung der Zweiten Republik und wurde von der Mehrheit der ÖsterreicherInnen abgelehnt. Um den Kauf der Eurofighter zu verhindern entstand bei uns die Bürgerinitiative „Abflug“. Die KommunistInnen des Murtals waren auch dort aktiv.

Von Beginn an stand der Verdacht von Schmiergeldzahlung im Raum. Trotzdem haben ÖVP und FPÖ den Ankauf durchgedrückt. Vor der Nationalratswahl 2006 hat die SPÖ das Versprechen gegeben aus der Eurofighterbeschaffung auszusteigen. Nachdem die SPÖ nach der Wahl den Kanzler stellte, war dieses Versprechen sofort vergessen.

Inzwischen wissen wir von dubiosen Kompensationsgeschäften und Schmiergeldmillionen auf Kosten der SteuerzahlerInnen. Das Murtal hat die enorme Lärmbelastung, auf die versprochenen Arbeitsplätze durch Kompensationsgeschäfte warten wir bis heute.

Seit Jahren fordern wir eine Lärmreduzierung und einen verbindlichen Flugeinsatzplan. Obwohl Lärm, auch durch die Häufung der Lärmquellen (Red-Bull-Ring, Autobahn, ÖBB, Flugbetrieb) ein immer größeres Problem ist, haben sich die Bürgermeister der Murtalgemeinden bisher wenig darum gekümmert.

Nun haben mehrere Bürgermeister erklärt die Ausweitung des Flugbetriebs nicht hinnehmen zu wollen. Das ist gut so. Die KPÖ wird darauf achten, dass dieses Versprechen an die Bevölkerung des Murtals auch nach den Gemeinderatswahlen noch Bestand hat.

KPÖ-Stadträtin Renate Pacher

Antrag der KPÖ angenommen: Bettenreduzierungen sind der falsche Weg!

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass jederzeit Situationen eintreten können, die eine Belastungsprobe für unser Gesundheitssystem darstellen. Österreich hat die Krise auch deswegen besser als andere Länder gemeistert, weil es noch über ein relativ gut ausgebautes, dezentrales Gesundheitssystem verfügt.

In einer Studie der OSZE heißt es: „Die Erfahrungen in China und Italien haben gezeigt, wie wichtig es ist, eine ausreichende Kapazität der Krankenhausbetten sicherzustellen.“ Im Gegensatz zu diesen Erfahrungen sieht der von SPÖ und ÖVP beschlossene „Regionale Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025“ (RSG) einen massiven Einschnitt in unserer medizinischen Versorgung vor.

Bis 2025 ist in der Steiermark eine Reduktion um 800 Spitalsbetten geplant. Auch im Bezirk Murtal sollen die Bettenzahlen weiter sinken. Gab es 2009 noch 512 Spitalsbetten, sind es heute noch 450 und sollen es 2025 noch 433 sein. Die Zahl der Intensivbetten ist von 21 auf 18 gesunken, es soll künftig nur noch 17 geben.

Abbau von 15 Ärzteplanstellen

Aber es geht nicht nur um die Reduzierung von Spitalsbetten und die Schließung von Krankenhäusern, auch die Anzahl der Ärzteplanstellen soll zusammengekürzt werden. Statt der bisher 63 Planstellen solle es im Murtal künftig nur mehr 48(!) geben.

Als Ersatz sollen drei Primärversorgungseinheiten

Woher kommt der Druck im Gesundheitssystem zu kürzen?

Mit der „Gesundheitsreform 2013“ wurde die Deckelung der Ausgaben für das Gesundheitssystem beschlossen. Das Wachstum der Gesundheitsausgaben wurde an das Wachstum des BIP (Bruttoinlandsprodukt) gekoppelt. Das bedeutet die Gesundheitspolitik darf sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen, sondern muss sich am Wirtschaftswachstum orientieren.



Das ist absurd und menschenverachtend. Sind Menschen in Zeiten eines sinkenden BIP, oder gar einer Rezession weniger krank? 2016 beschlossen Bund und Länder dass der „Deckel“ von 3,6% jährlich um 0,1% auf 3,2% im Jahr 2021 heruntergeschraubt werden soll. Hinter diesen nüchteren Zahlen stehen Kürzungen in Milliardenhöhe, Krankenhausschließungen, Bettenabbau und schlechtere medizinische Versorgung.

EU-Vorgaben wurden umgesetzt

Mit dieser „Deckelung“ wurden EU-Vorgaben um-

Antrag der KPÖ

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Knittelfeld möge beschließen:

Die steirische Landesregierung wird aufgefordert von der Umsetzung des „Regionalen Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025“ (RSG) Abstand zu nehmen. Ein neuer Strukturplan, der ohne den Abbau von Spitalskapazitäten auskommt, soll unter Einbindung aller Betroffener und politischer Parteien erarbeitet werden.

Der Antrag wurde von SPÖ, FPÖ und KPÖ angenommen, von der ÖVP abgelehnt. Die SPÖ ist im Landtag für den Strukturplan. Es kommt nun auch darauf an, dass die örtliche SPÖ den Antrag auch ernst nimmt und gegen die Umsetzung mobil macht.

eingerrichtet werden. Dort sollten zwei bis drei ÄrztInnen tätig sein. Wieso man davon ausgeht, dass zwei bis drei ÄrztInnen in einem Versorgungszentrum das gleiche leisten können wie fünf ÄrztInnen in ihrer Einzelordination ist uns schleierhaft.

Wir meinen nach den Erfahrungen der Corona-Krise wäre es unverantwortlich den Strukturplan in dieser Form umzusetzen. Deshalb haben wir den oben genannten Antrag gestellt. Leider stimmte die ÖVP gegen den Antrag, sie meinte der Strukturplan Gesundheit sei „zukunftsweisend“.

gesetzt. Jahr für Jahr fordert die EU-Kommission von Österreich Kürzungen im Gesundheitsbereich. Die Corona-Krise zeigt, dass die „Deckelung“ der Gesundheitsausgaben völlig verantwortungslos ist. Diese Kürzungspolitik ist aber keine zufällige Fehlentwicklung sondern eine bewusste Weichenstellung in Richtung Privatisierung.

Es geht um Privatisierung

Das öffentliche Gesundheitswesen wird ausgedünnt. Ziel ist es die Milliarden der Gesundheitsausgaben in Richtung private Betreiber umzuleiten. Auch in Österreich steigt die Anzahl der Privatkrankenhäuser, die „Zwei-Klassen-Medizin“ ist längst Realität.

Der Fortschritt in der Medizin hat neue Behandlungsmethoden gegen Krankheiten oder Leiden hervorgebracht, die früher nicht geheilt oder behandelt werden konnten. Das ist gut so und sollte uns auch etwas wert sein. Gesundheit ist eines unserer wichtigsten Güter. Nur eine gute Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand ermöglicht allen den Zugang zur besten medizinischen Versorgung.

Einstimmig beschlossen:

50.000 €

**Corona-Solidaritätsfonds
der Stadt Knittelfeld für in
Not geratene KnittelfelderInnen**

KPÖ

Corona-Hilfsfonds beschlossen

Ansuchen können eingereicht werden

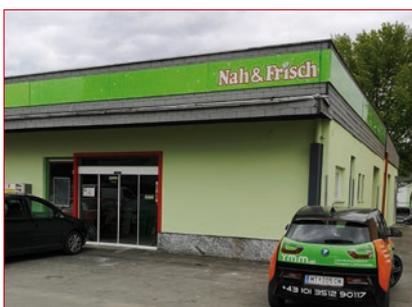
Die Corona-Krise hat viele Menschen in finanzielle Bedrängnis gebracht. 43 % der ÖsterreicherInnen geben an nun weniger Einkommen zur Verfügung zu haben als vor der Krise. Der Gemeinderat hat einstimmig die Einrichtung eines Corona-Hilfsfonds beschlossen.

In der Diskussion um den Hilfsfonds hat KPÖ-StR. Renate Pacher vorgeschlagen die 50.000 Euro, die für das Bürgerbeteiligungsprojekt vorgesehen waren, für den Fonds zu verwenden. Um auch die Knittelfelder Wirtschaft zu stärken hat sie angeregt einen Teil der Summe in Knittelfeld-Münzen auszuzahlen. Diese Vorschläge wurden von allen Fraktionen positiv aufgenommen.

Der Corona-Hilfsfonds ist mit 50.000 Euro dotiert. Pro Familie werden einmalig 300 Euro vergeben, für jedes Kind zusätzliche 50 Euro. Auf Anregung der ÖVP wird der ganze Betrag in Knittelfeld-Münzen ausbezahlt.

Es gibt Einkommensgrenzen: 1.376 Euro für Alleinstehende, 1.032 Euro pro volljährige Person, die mit anderen in einem Haushalt lebt und 248 Euro pro Kind. Ansuchen können bei der Gemeinde Knittelfeld eingereicht werden.

Förderung für Nahversorger



Das Lebensmittelgeschäft in der Neustadt ist seit längerem geschlossen. Die Nähe des Einkaufszentrums West mit den Großgeschäften macht es sichtlich nicht leicht zu überleben.

Nun hat Herr Enver Yilmaz das Gebäude erworben und plant dort ein Lebensmittelgeschäft, einen ↻

Forderung der KPÖ wird umgesetzt:

Murtal bekommt Schutzwohnung

Seit vielen Jahren ist der KPÖ die Schaffung einer Schutzwohnung für von Gewalt betroffene Frauen ein großes Anliegen. Eine solche Einrichtung fehlt in der ganzen westlichen Obersteiermark. Jetzt wird die Forderung umgesetzt.



Die KPÖ hat das Fehlen einer Schutzwohnung schon oft im Knittelfelder Gemeinderat zum Thema gemacht, das Frauenhaus in Kapfenberg besucht und Gespräche mit dem Obmann des Sozialhilfverbandes und jetzigem Bürgermeister Harald Bergmann geführt. Nun wird endlich eine Schutzwohnung eingerichtet.

Die Kosten der Betreuung werden vom Land übernommen, die Wohnung kommt wahrscheinlich nach Knittelfeld. Es ist ganz wichtig, dass von Gewalt betroffene Frauen einen Zufluchtsort haben, wo sie und auch ihre Kinder Schutz und Unterstützung finden. StR. Renate Pacher freut sich als Frauenreferentin der Stadtgemeinde Knittelfeld sehr, dass es nun endlich so weit ist. Eine Schutzwohnung kann Leben retten.

↻ Elektrowarenhandel und einen Bistrobereich mit Kaffeecke.

Nachdem ein Nahversorger und ein Treffpunkt wichtig für diesen Stadtteil sind, hat der Gemeinderat eine Förderung in der Höhe von 15.000 Euro beschlossen. Bedingung ist, dass das Geschäft mindestens für drei Jahre bestehen bleibt und um eine weitere Wirtschaftsförderung, wie sie auch andere Betriebe erhalten, nicht mehr angesucht wird.

Der Gemeinderat entscheidet über die Förderung und hat sie einstimmig beschlossen. Tage vor dem Beschluss haben Bürgermeister und Finanzreferent medienwirksam über Neustart und Förderung informiert.

Gemeinderat Franz Moharitsch hat nachgefragt, warum nicht alle Fraktionen zu diesem Termin vor Ort eingeladen wurden. Noch dazu weil er Mitglied es Bauausschusses ist und in unmittelbarer Nähe des Geschäfts wohnt.

Finanzreferent Erwin Schabhüttl antwortete, der Bürgermeister und er hätten lediglich die Baustelle besucht. Eigenartig, wie der Zufall so spielt, hatten sie bei diesem Baustellenbesuch eine großes Transparent und einen Fotografen mit dabei.

Wechsel im Gemeinderat



Unser Gemeinderat Elvir Kujovic ist im Mai in eine andere Gemeinde verzogen. Nachdem die Gemeinderatswahlen nicht wie geplant im März stattgefunden haben, wurde Frau Elisabeth Lammer als KPÖ-Gemeinderätin neu angelobt.

Die Tätigkeit im Gemeinderat ist für sie nicht neu, denn sie war bereits einmal für zehn Jahre KPÖ-Gemeinderätin. Bei der FPÖ folgt Herr Sandro Fuchsichler auf die Gemeinderätin Margreth Kerschenbauer.

.....

Nur ein Redaktionsteam mit allen Parteien sorgt für Fairness und Objektivität

Zeitnah zu den kommenden Gemeinderatswahlen ist in der Zeitung der Gemeinde Knittelfeld ein 72-seitiger Rückblick erschienen. Dieses „Knittelfelder Stadtmagazin“ enthielt 79 Fotos, auf denen Mitglieder des Knittelfelder Gemeinderats zu sehen sind. Die Auswahl der Fotos sorgte bei FPÖ, ÖVP und KPÖ für mehr als nur Kopfschütteln.

Knittelfeld hat 31 GemeinderätInnen

SPÖ: 16 = 51,6%

FPÖ: 6 = 19,4%

KPÖ: 5 = 16,1%

ÖVP: 4 = 12,9%

Wer ist auf den 79 Fotos zu sehen?

SPÖ: 78 mal = 98,7%

FPÖ: 3 mal = 3,8%

KPÖ: 6 mal = 7,6%

ÖVP: 10 mal = 12,7%

Das Knittelfelder Stadtmagazin wird durch Steuergelder finanziert. Die KnittelfelderInnen haben verschiedenen Parteien ihr Vertrauen gegeben. Damit sich diese Vielfalt auch in der Berichterstattung des Knittelfelder Stadtmagazins widerspiegelt hat die KPÖ im Gemeinderat einen Antrag eingebracht.

Es wurde gefordert, dass am Beginn der nächsten Gemeinderatsperiode ein Redaktionsteam bestehend aus allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zur Gestaltung des „Stadtmagazin Knittelfeld“ eingerichtet wird. FPÖ und ÖVP unterstützten den Antrag, die SPÖ verweigerte die Dringlichkeit. Der Antrag kam damit nicht auf die Tagesordnung.

Nachtrag: Bedauerlich ist auch, dass nicht über die Gedenkfeier anlässlich der Bombardierung Knittelfelds berichtet wurde, obwohl sich dieses Ereignis heuer zum 75. mal jährt und damals 235 KnittelfelderInnen ihr Leben verloren haben.

Dank an unseren Gemeinderat Elvir Kujovic



Bei den letzten Gemeinderatswahlen hat Elvir das erste Mal bei uns kandidiert und ist aufgrund unseres guten Wahlergebnisses gleich in den Gemeinderat eingezogen.

Dort hat er die KPÖ im Prüfungsausschuss vertreten. Aufgrund seines Berufs als Bewährungshelfer hat er ein großes Wissen im Sozialbereich und das war uns oft eine wertvolle Hilfe. Die Einrichtung einer Schutzwohnung für von Gewalt betroffene Frauen war ihm wichtig und es ist schön, dass dieses Anliegen am Ende seiner Gemeinderats-tätigkeit umgesetzt wird.

Wir bedauern es sehr, dass ihn sein Lebensweg in eine andere Gemeinde geführt hat. Aber wir wissen, dass er nun zwar in einer anderen Gemeinde lebt, aber weiterhin für die KPÖ-Murtal aktiv sein will. Wir bedanken uns für die Arbeit als KPÖ-Gemeinderat und wünschen ihm und seiner Familie alles Gute im neuen Heim.

P.S.: Obwohl klar war, dass Elvir in eine andere Gemeinde ziehen wird, hat er als Solidarität und Unterstützung für die KPÖ auf dem letzten Platz unserer Knittelfelder Gemeinderatswahlliste kandidiert.

.....

Der Lärmterror beginnt wieder



Leider sind die Eurofighter nicht die einzige Lärmquelle in unserer Region. So schlimm die Zeit während der Corona-Maßnahmen auch war, es gab einige positive Seiten. Keine

Kondensstreifen am Himmel, bessere Luftwerte und eine wunderbare Ruhe. Es wurde erst bewusst wie laut es „normal“ in unserer Region ist.

Eurofighter, ÖBB, Autobahn und wesentlich auch der Red-Bull-Ring sind ein Lärmproblem. Am ersten Wochenende nach der Öffnung der Rennstrecke war Freitag, Samstag, Sonntag und Montag den ganzen Tag über störender Motorenlärm zu hören. Das Selbe auch am Pfingstweekenende. Der Lärm erfüllt weite Teile des Murtals, wird von vielen als Störung empfunden und macht Erholung oft unmöglich.

Es hat nicht den Anschein, dass die Ringbetreiber Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen. Dabei wäre es - bei gutem Willen - machbar die Belastung zu verringern: Schalldämpfer, weniger kleine Rennen wären einige der Maßnahmen. Wir haben den Lärm schon oft zum Thema gemacht. Das Problem müsste von unseren regionalen PolitikerInnen endlich ernst genommen werden. Nicht Lärm, sondern Ruhe sollte der „Normalzustand“ in unserer Region sein.

Rechnungsabschluss 2019:

Viel Geld für Öffentlichkeitsarbeit, KPÖ für Gebührensenkungen

Im Jahr 2019 hatte die Gemeinde im ordentlichen Haushalt einen Abgang von rund 140.000 Euro, der erst durch den Überschuss der Jahre davor ausgeglichen werden konnte.

Die Großprojekte der letzten Jahre, wie der überbeuerte Ankauf des Hauses der Vereine und der millionenschwere Umbau des Hauptplatzes mit einem Eröffnungsfest um fast 100.000 € hinterlassen ihre Spuren. Der Haushaltsrücklage wurden 505.000 € entnommen, sie ist auf rund 1.300 € zusammengeschrumpft.

Für Öffentlichkeitsarbeit gibt die Gemeinde die stolze Summe von rund 363.000 € aus. Aufgefallen ist uns, dass hingegen bei einigen Schulen und Kindergärten deutlich weniger für Instandhaltung ausgegeben wurde als veranschlagt. Auch die Ausgaben für die Jugendarbeit oder für Kinderspielplätze waren geringer als im Budget vorgesehen. Bei den Kulturveranstaltungen wurden rund 59.000 Euro weniger ausgegeben als geplant.



Uns ist auch aufgefallen, dass es bei einigen Gemeindegebühren deutliche Mehreinnahmen und beachtliche Zuführungen zu den Rücklagen gibt.

Für Gebührensenkungen

Auf Grund der Corona-Krise haben viele Menschen finanzielle Probleme. Wir haben deshalb angeregt, die Gemeinde solle als Unterstützungsmaßnahme über Gebührensenkungen nachdenken. Gegen die Stim-

Wasserversorgung
Gebühreneinnahmen: ca. 55.000 € mehr als geplant
Rücklagenzuführung: rund 346.000 €
Stand Rücklagen Ende 2019: rund 615.000 €

Abwasserentsorgung
Gebühreneinnahmen: ca. 34.500 € mehr als geplant
Rücklagenzuführung: rund 184.500 €
Stand Rücklagen Ende 2019: rund 884.000 €

Müllbeseitigung
Gebühreneinnahmen: wie veranschlagt
Rücklagenzuführung: rund 60.000 €
Gewinnentnahmen: rund 148.000 €
Stand Rücklagen Ende 2019: rund 90.000 €

men der KPÖ haben SPÖ, FPÖ und ÖVP vor einiger Zeit beschlossen, dass die Gebühren jedes Jahr automatisch angehoben werden. Wir halten das für falsch. Es ist Sache des Gemeinderates die Höhe der Gebühren festzulegen, und dabei müssen auch soziale Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Als Minimum sollte wenigstens die jährliche automatische Gebührenerhöhung abgeschafft werden.

Der Rechnungsabschluss wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP beschlossen. Die KPÖ hat nicht zugestimmt, denn für uns gibt es in vielen Bereichen eine falsche Gewichtung. Zu wenig soziale Handschrift und zu hohe Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Projekte.

Erhöhung des Arbeitslosengeldes SPÖ: Eine Welt voller Widersprüche

Die KPÖ hat im Landtag den Antrag gestellt, die Landesregierung solle von der Bundesregierung eine Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 % des letzten Bezugs fordern. Eine Mehrheit kam aber nicht zustande. Der Antrag wurde von ÖVP, Neos und SPÖ(!) abgelehnt.

Hinter jedem einzelnen arbeitslosen Menschen steht ein Schicksal und eine Existenz. Hunderttausende Menschen in Österreich haben jetzt nur mehr etwas mehr als die Hälfte des ursprünglichen Gehalts zur Verfügung, da die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld nur 55 Prozent beträgt.

Das ist schon für eine kurze Zeitspanne schwer zu verkraften, zumal die monatlichen Fixkosten ja nicht weniger werden. Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ist daher dringend geboten, auch um die Kaufkraft und somit die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Im Knittelfelder Gemeinderat wurde die Aufforderung an die Bundesregierung zur Erhöhung des Ar-

beitslosengeldes von allen Parteien, also auch von der SPÖ, beschlossen. Diese unterschiedliche Herangehensweise ist typisch für das große Dilemma der SPÖ.

Macht geht vor Inhalt

In der Opposition und vor Wahlen stellt die SPÖ viele richtige Forderungen. Nach einer Regierungsbeteiligung sind die Versprechen schnell vergessen. Auch dann, wenn die SPÖ der stärkere Regierungspartner ist. Aus Angst vor Macht- und Postenverlust wurden wichtige Entscheidungen, wie z.B. eine Reichensteuer, nicht zur Koalitionsfrage gemacht.

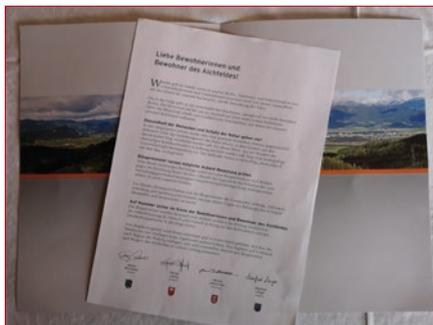
Im Knittelfelder Gemeinderat hat die SPÖ die Mehrheit. Dort ist es kein Problem für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes einzutreten. Im Landtag sieht es ganz anders aus. Dort stimmten die SPÖ-Landtagsabgeordneten aus „Koalitionstreue“ mit der ÖVP **gegen ihre eigene Forderung**. Eine „sozialdemokratische“ Partei hätte aber die Aufgabe den Interessen der arbeitenden Menschen die Treue zu halten.

Verwirrung um Minex-Gutachten

Wie ernst meinen es die Bürgermeister?

In Zeltweg will die Firma Minex ein Verhüttungswerk bauen. Die „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Aichfeld“ ist aktiv geworden, denn sie befürchtet den Ausstoß von Asbestfasern und damit eine Gefahr für die BewohnerInnen unserer Region.

Kurz vor den für März geplanten Gemeinderatswahlen erhielten alle GemeindebürgerInnen einen „Luxusbrief“ (ein Brief, umhüllt von farbigem, vierseitigen Leichtkarton, eingesackt in ein A4 Kuvert) der Bürgermeister von Zeltweg, Fohnsdorf, Judenburg und Spielberg. Darin wurde versprochen die Argumente der Bürgerinitiative „sollten nicht ungehört bleiben.“ und eine „ausführliche Prüfung hinsichtlich der Asbestbelastung für Mensch und Umwelt in Bezug auf das Rohmaterial und den Verarbeitungsprozess in die Wege zu leiten.“



Das Verwirrspiel beginnt

Darauf hat Bürgermeister Harald Bergmann (ohne Stadtrat und Gemeinderat zu kontaktieren) angekündigt, Knittelfeld werde sich an dieser Aktion beteiligen. Später ist plötzlich von einer Gesteinsanalyse nicht mehr die Rede. Der beedigte Gutachter Dr. Robert Sedlacek soll die eingereichten Unterlagen noch einmal überprüfen. Allerdings nur die Verfahrensunterlagen, nicht die Unterlagen der Bürgerinitiative. Die Kosten für das Gutachten sollen rund 32.000 Euro betragen.

In diesem Sinn beschließen die Gemeinden Fohnsdorf und Judenburg je ein Fünftel der Kosten zu übernehmen, unter der Annahme dass Knittelfeld sich beteiligt. Auf Anfrage von KPÖ-StR. Renate Pacher erklärte Bürgermeister Harald Bergmann allerdings, dass eine Beteiligung für ihn nicht fix sei, er wolle das noch diskutieren.

Prüfung aller Unterlagen gefordert

Die Bürgerinitiative machte vehement geltend, dass es unsinnig sei, dass der Gutachter nur Verfahrensunterlagen prüfe, in denen Asbest gar kein Thema sei. Sie erstellte eine Liste von Unterlagen, die unbedingt in die Überprüfung mit einbezogen werden müssten. Von der Bürgerinitiative kam auch die Kritik, dass sie von den Bürgermeistern von Zeltweg, Spielberg, Fohnsdorf und Judenburg nicht kontaktiert und in keiner Weise eingebunden wurde.

KPÖ, ÖVP und FPÖ haben sich im Spielberger Gemeinderat dafür eingesetzt, dass diese Unterlagen Eingang in die Prüfung finden. Der Spielberger Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dass diese

Unterlagen **zwingend** mit zu untersuchen sind. Der Spielberger Bürgermeister Manfred Lenger erklärte, er werde sich dafür einsetzen, dass auch in Zeltweg ein Beschluss in diese Richtung gefasst werde.

Unterschiedliche Beschlüsse

Am nächsten Tag dann die böse Überraschung in Zeltweg. Der Zeltweger Gemeinderat lehnte den Antrag die Unterlagen der Bürgerinitiative einzubeziehen mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP ab. Auch der Hinweis von KPÖ-GR Peter Lorberau, dass Spielberg beschlossen habe, dass diese Unterlagen zwingend einzubeziehen seien und Spielberg damit ein Gutachten ohne diese Unterlagen gar nicht mitfinanzieren könne, verhallte ungehört.



Offensichtlich funktioniert die Kommunikation der Bürgermeister untereinander nicht. Fohnsdorf, Zeltweg, Judenburg und Spielberg gehen davon aus, dass Knittelfeld mitmacht, was ungewiss ist. Zeltweg lehnt die Aufnahme von Unterlagen ab, obwohl das für Spielberg eine zwingende Voraussetzung ist.

Am Schlimmsten ist, dass kein Gespräch mit der Bürgerinitiative gesucht wurde, obwohl diese höchst aktiv ist, mehr als 3.000 Unterschriften gesammelt und mehrere sehr gut besuchte Informationsveranstaltungen durchgeführt hat. Das zeigt, wie viele Menschen besorgt sind.

Nach all diesen Vorkommnissen stellt sich die Frage wie ernst die Bürgermeister die Ängste der Bevölkerung überhaupt nehmen? Es sieht so aus, als ob sie sich vor den Gemeinderatswahlen genötigt sehen Aktivitäten zu starten, die nach den Wahlen schnell wieder vergessen sind.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 1. Juli

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus





Jetzt Tierschutzvolksbegehren unterstützen!

Verpflichtende Transparenz bei Lebensmitteln, schärfere Gesetze zum Tierschutz und neue Verteilung von Förderungen und Steuergeldern, die tier- und klimafreundlicher Landwirtschaft zugute kommen, sind zentrale Forderungen des Volksbegehrens.

Die KPÖ hat das Volksbegehren schon im Juni des Vorjahres in der Einleitungsphase unterstützt. Nun läuft die Eintragungswoche.

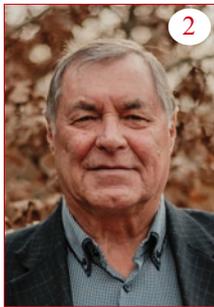
Unterschreiben kann man noch bis 29. Juni auf jedem Gemeindeamt und auf bmi.gov.at.

Gemeinderatswahl am 28. Juni

KPÖ 
Liste 5



1



2



3



4



5



6



7



8



9



10



11



12



13



14

Unsere KandidatInnen

- 1 StR. Ing. Renate Pacher
- 2 GR Franz Moharitsch
- 3 GR Sonja Karimi
- 4 Josef Meszlenyi
- 5 GR Sylvia Lammer, BaKK. Phil.
6. Jürgen Solic
7. Elisabeth Lammer
8. Andreas Obertaxer, parteilos
9. Monika Schlacher-Pirker, BA, parteilos
10. Christian Prietl, parteilos
11. Daniela Resch, parteilos
12. Dieter Trummer, parteilos
13. Martina Volina
14. Elvir Kujovic, BA

Liebe Knittelfelderinnen und Knittelfelder!

Das erste Mal in der Geschichte der Steiermark wurden Gemeinderatswahlen verschoben. Die Liste der KandidatInnen bleibt unverändert.

Wir meinen es ist es wichtig im Gemeinderat eine Partei zu haben die auf die Menschen schaut, und nicht auf den eigenen Vorteil.

Wir ersuchen um Ihr Vertrauen!

KPÖ
Liste 5

Auf keinen Menschen vergessen!

Soziales darf nicht untergehen! **KPÖ**



Liebe Knittelfelderinnen und Knittelfelder!

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Existenzsorgen. Viele Menschen durchleben gerade schwere Zeiten. Viele haben vielleicht gerade keinen Kopf für die Gemeinderatswahlen. Dennoch ist es nicht egal welche Parteien im Gemeinderat vertreten sind.

Die KPÖ ist weder Konzerninteressen noch Lobbygruppen verpflichtet. Wir wollen eine menschliche, soziale, lebenswerte und solidarische Welt. Wir sagen was wir denken und stehen zu unseren Überzeugungen. Dinge die nicht in Ordnung sind sprechen wir kompromisslos an und machen Vorschläge für Veränderungen.

Das Motto: **„Auf keinen Menschen vergessen - Soziales darf nicht untergehen!“**, ist unsere Leitlinie. Das haben wir in der Vergangenheit gezeigt, und in diesem Sinne wollen wir auch weiterarbeiten - falls Sie uns Ihr Vertrauen schenken.

Ich ersuche Sie, bei der Gemeinderatswahl am 28. Juni der KPÖ Ihre Stimme zu geben.


KPÖ-Stadträtin Renate Pacher

Was uns wichtig ist:

- Helfen statt reden
- Genügend Geld für die Gemeinden
- Sozialpolitik statt Eventpolitik
- Leistbare Gebühren
- Nein zur jährlichen automatischen Gebührenerhöhung
- Erschwingliche Wohnungen
- Maßnahmen gegen Lärmbelastung
- Nein zu PolitikerInnenprivilegien
- Für Steuergerechtigkeit
- Ausreichende medizinische Versorgung
- Kein Gewinnstreben in der Pflege
- Keine Privatisierungen
- Keine Leiharbeit
- Öffentlicher Raum für Jugendliche
- Optimale Kinderbetreuung
- Attraktive Kinderspielplätze
- Nein zur Airpower
- Nein zu Aufrüstung und Krieg
- Frieden und Neutralität
- Echte Gleichberechtigung
- Toleranz und Menschlichkeit
- Umwelt- und Klimaschutz
- Eindämmung der Bodenversiegelung
- Effektiver Tierschutz



Auf keinen Menschen vergessen!

Soziales darf nicht untergehen!

Sozial - ehrlich - kompetent

- kritisch - konsequent



Liste 5

KPÖ